

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Stephan Protschka, Berengar Elsner von Gronow, Peter Felser, Franziska Gminder, Wilhelm von Gottberg, Thomas Ehrhorn, Johannes Huber und der Fraktion der AfD

Gesundheitsgefahren durch Palmöl in Lebensmitteln

Palmöl ist weltweit das billigste und am häufigsten verwendete Pflanzenöl (vgl. <https://www.verbraucherzentrale.de/wissen/lebensmittel/lebensmittelproduktion/palmoel-negative-folgen-fuer-gesundheit-und-umwelt-17343>). Aufgrund seiner wirtschaftlichen Rentabilität und technologisch erwünschten Eigenschaften findet sich Palmöl in vielen Lebensmitteln wie Backwaren, Fertiggerichten und Süßigkeiten wieder. Ein zunehmender Teil der Verbraucher lehnt die Verwendung von Palmöl ab, weil der Anbau der Ölpalme zur Erzeugung von Palmöl häufig mit der Rodung von Regenwald einhergeht (vgl. <https://www.mri.bund.de/de/themen/reformulierung/oleogelege-optimieren-fettsaeureprofil/>). Neben den ökologischen Nachteilen wird Palmöl auch mit gesundheitlich nachteiligen Effekten in Verbindung gebracht. Einerseits enthält Palmöl einen relativen hohen Anteil an gesättigten Fettsäuren, die das Risiko von Herz-Kreislauf-Erkrankungen erhöhen. Andererseits hat Palmöl ein großes Potenzial zur Bildung von gesundheitsschädlichen 3-Monochlorpropaniol- (3-MCPD) und Glycidylfettsäureestern bei der Herstellung (vgl. <https://www.mri.bund.de/de/themen/reformulierung/oleogelege-optimieren-fettsaeureprofil/>). In diesen prozessbedingten Kontaminanten, die u. a. in Säuglingsnahrung enthalten sein können, sehen die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) ein Gesundheitsrisiko vor allem für jüngere Bevölkerungsgruppen (vgl. <https://www.bfr.bund.de/cm/343/3-mcpd-2-mcpd-glycidyl-fettsaeureester-in-lebensmitteln.pdf>). Die Bundesregierung hat sich im Rahmen des Koalitionsvertrages der 19. Legislaturperiode zwischen CDU, CSU und SPD dazu verpflichtet, sich für einen gesundheitlichen Verbraucherschutz einzusetzen und durch Ernährung mitbedingte Krankheiten, die u. a. durch einen hohen Konsum an gesättigten Fettsäuren ausgelöst werden können, zu bekämpfen (vgl. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/656734/847984/5b8bc23590d4cb2892b31c987ad672b7/2018-03-14-koalitionsvertrag-data.pdf?download=1>). Aus Sicht der Fragesteller kann zwar in vielen Industriezweigen nicht vollkommen auf Palmöl verzichtet werden, eine Reduktion oder ein Ersetzen durch neu entwickelte Alternativen zu Palmöl in Lebensmitteln ist jedoch durchaus erstrebenswert.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Informationen liegen der Bundesregierung zum Umfang und Zweck des in die EU importierten Palmöls und Palmkernöls in Deutschland und in den anderen Staaten der EU vor?

- a) Wie hat sich die Menge des importierten Palmöls und Palmkernöls für die Lebensmittelindustrie demnach innerhalb der EU in den letzten fünf Jahren entwickelt?
- b) Welche Maßnahmen zur Reduzierung von Palmöl und Palmkernöl in Lebensmitteln werden nach Kenntnis der Bundesregierung auf europäischer Ebene vollzogen?
2. Wie viel Palmöl und Palmkernöl wird nach Kenntnis der Bundesregierung jährlich in Deutschland in Lebensmitteln verarbeitet?
3. Hat die Bundesregierung im Zeitraum von 2013 bis 2019 die Erforschung von Alternativen zu Palmöl und Palmkernöl in Lebensmitteln gefördert, und wenn ja, mit welchen Beträgen (bitte nach Projekt, Projektträger, Forschungsgebiet und Förderbetrag angeben)?
4. Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage des Projektes zum Einsatz von Oleogelen in feinen Backwaren des Max Rubner-Instituts, dass Oleogele, die aus verfestigten pflanzlichen Ölen (z. B. heimisches Rapsöl, Sonnenblumenöl) bestehen, gut für die Herstellung von Mürbeteig und Muffins geeignet sind, und welche Schlussfolgerung für ihr eigenes Handeln zieht die Bundesregierung aus dieser Aussage (vgl. <https://www.mri.bund.de/de/themen/reformulierung/oleogele-optimieren-fettsaeureprofil/>)?
5. Ist der Bundesregierung die vom WWF (World Wide Fund For Nature) veröffentlichte Studie „Auf der Ölspur“ aus dem Jahre 2016 bekannt, und welche Schlussfolgerungen für ihr eigenes Handeln in Bezug auf die Förderung des heimischen Raps- und Sonnenblumenanbaus zieht die Bundesregierung aus dieser Studie (http://mobil.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF-Studie_Auf_der_OElspur.pdf)?
6. Gedenkt die Bundesregierung, den Einsatz von Alternativen zu Palmöl, wie Oleogele in feinen Backwaren, in der Lebensmittelindustrie zu fördern, und wenn ja, mit welchen Maßnahmen möchte die Bundesregierung dies tun?
7. In welchen weiteren Lebensmitteln können aus Sicht der Bundesregierung durch den aktuellen Stand der Forschung Palmöl und Palmkernöl durch Alternativen zu Palmöl bzw. Palmkernöl ersetzt werden (bitte nach Art des Lebensmittels und möglicher Alternative zu Palmöl aufschlüsseln)?
8. Sind aus Sicht der Bundesregierung Kinder potentiell gefährdet, zu viel 3-MCPD täglich zu sich zu nehmen, und wenn ja, welche Maßnahmen möchte die Bundesregierung vorschlagen, um dieses Risiko zu senken?

Berlin, den 29. Mai 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion